

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(41. - öffentliche - Sitzung am 11. Dezember 2019)

Beratungsthemen:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen, dem Land Sachsen-Anhalt und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die Norddeutsche Landesbank - Girozentrale -**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/5174](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Gegenüber dem - federführenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen votierte er dafür, dem Landtag die Annahme des Gesetzesentwurfes in der Fassung der Vorlage 3 zu empfehlen.

Zustimmung: SPD, CDU
Ablehnung: GRÜNE, FDP
Enthaltung: -
Abwesend: AfD

- b) **Entwurf eines Gesetzes zum Zweck der nachhaltigen Ausrichtung der Norddeutschen Landesbank - Girozentrale -**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/5173](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Gegenüber dem - federführenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen votierte er dafür, dem Landtag die Annahme des Gesetzesentwurfes in der Fassung der Vorlage 3 zu empfehlen.

Zustimmung: SPD, CDU
Ablehnung: GRÜNE, FDP
Enthaltung: -
Abwesend: AfD

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Generationengerechtigkeit (1. Nachtragshaushaltsgesetz 2019)**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/5068](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen an, dem Landtag die Ablehnung des Gesetzentwurfes zu empfehlen.

Zustimmung: SPD, CDU
Ablehnung: FDP
Enthaltung: GRÜNE
Abwesend: AfD

3. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2020**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/4486](#)

Der Ausschuss nahm die Mitberatung wieder auf. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 7 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU
Ablehnung: GRÜNE, FDP
Enthaltung: -
Abwesend: AfD

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung schulrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/4471](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Kultusausschusses an, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU
Ablehnung: -
Enthaltung: GRÜNE, FDP
Abwesend: AfD

5. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kammergesetzes für die Heilberufe in der Pflege**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/2556](#)

dazu gemäß § 23 Abs. 1 Satz 2 GO LT:

Bessere Pflege für Niedersachsen und Deutschland

Antrag der Fraktion der FDP – [Drs. 18/374](#)

Der Ausschuss führte zu dem Gesetzentwurf die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung an, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE
Ablehnung: FDP
Enthaltung: -
Abwesend: AfD

6. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/4852](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU
Ablehnung: GRÜNE, FDP
Enthaltung: -
Abwesend: AfD

7. **Verfassungsgerichtliches Verfahren:**

Abstraktes Normenkontrollverfahren gemäß Art. 54 Nr. 3 NV, § 8 Nr. 8 NStGHG der Mitglieder der AfD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag gegen § 16 a Abs. 1, § 17 b Abs. 1 bis 3, § 17 c, § 32 Abs. 4 des Niedersächsischen Polizei-Ordnungsbehördengesetzes vom 19. Januar 2005 (Nds. GVBl. S. 9) in der Fassung von Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und anderer Gesetzes vom 20. Mai 2019 (Nds. GVBl. S. 88) - StGH 5/19

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, von einer Stellungnahme gegenüber dem Staatsgerichtshof abzusehen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP
Ablehnung: -
Enthaltung: -
Abwesend: AfD

8. **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Regelung von Schutz und Hilfe für Frauen und ihre minderjährigen Kinder vor Gewalt im sozialen Nahraum (Niedersächsisches Frauenschutzgesetz - Nds. FrauSchG)**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 18/1078](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung an, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP
Ablehnung: -
Enthaltung: -
Abwesend: AfD

9. **Entwurf eines Gesetzes zum Dritten Glücksspieländerungsstaatsvertrag**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/4571](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 5 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU
Ablehnung: FDP
Enthaltung: GRÜNE
Abwesend: AfD

10. **Entwurf eines Gesetzes über das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz (Niedersächsisches Verfassungsschutzänderungsgesetz)**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 18/4821](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP
Ablehnung: -
Enthaltung: -
Abwesend: AfD

11. Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Rechts der richterlichen Mitbestimmung und zur Stärkung der Neutralität der Justiz

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/4394](#)

Der Ausschuss ließ sich den Gesetzentwurf von einem Vertreter des Justizministeriums näher erläutern und begann mit der Gesetzesberatung. Die mündliche Anhörung terminierte der Ausschuss auf den 12. Februar 2019.

12. Qualifizierte Leichenschau

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/3921](#)

Der - federführende - Ausschuss begann auf der Grundlage einer schriftlichen Unterrichtung durch die Landesregierung mit der Antragsberatung.

In Abwesenheit des Ausschussmitgliedes der Fraktion der AfD beschloss er einstimmig, den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung um Stellungnahme zu den seinen Zuständigkeitsbereich betreffenden Gesichtspunkten des Antrages zu bitten.

Der Ausschuss bat die Landesregierung um eine ergänzende mündliche Unterrichtung in einer der nächsten Sitzungen.

Er kam überein, zu dem Antrag eine mündliche Anhörung durchzuführen, zu der auch die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung eingeladen werden sollen. Der Ausschuss bat die Sprecher der Fraktionen, den Kreis der Anzuhörenden und möglichst auch schon den Anhörungstermin am Rande des Dezember-Plenums festzulegen.